

SPD stoppt Anhebung der Berliner Beamtenbesoldung

Wer auf die vom Senat wiederholt angekündigte Anhebung der Berliner Beamtenbesoldung auf das Bundesniveau bis zum Jahr 2026 vertraut hat, hat inzwischen gute Gründe, sich über die mangelnde Verlässlichkeit der Berliner Landespolitik zu empören. Denn die bereits im Koalitionsvertrag formulierte Absicht, die Besoldung der Berliner Beamten zusätzlich zur Übernahme der Ergebnisse des Tarifvertrags in 2025 und 2026 um jeweils 0,76 Prozent anzuheben, ist offenbar auf Veranlassung der SPD unter Hinweis auf die schwierige Haushaltslage aufgegeben worden.

Selbst angesichts der zweifelsohne bestehenden Einsparzwänge ist der Verzicht auf die Besoldungsanpassung an das Bundesniveau eine krasse Fehlentscheidung.

Abgesehen davon, dass diese völlig überraschende Entscheidung kaum geeignet sein dürfte, die Motivation der Landesbediensteten zu fördern, hat sie gravierende Folgen für die Gewinnung von qualifizierten Nachwuchskräften. Denn diese werden sich künftig lieber bei Bundesbehörden in Berlin oder bei weit besser bezahlenden Bundesländern, wie beispielsweise dem Land Brandenburg, bewerben. Schließlich liegt Potsdam nur wenige Regionalbahnhalte entfernt. Zudem droht die Abwanderung von Berliner Beamten und Richtern zum Bund oder in andere Bundesländer. Damit wird sich die ohnehin angespannte Personalsituation der Berliner Verwaltung und Justiz weiter verschärfen.

Diejenigen Senatsmitglieder und Parlamentarier der SPD, die auf die schon im Koalitionsvertrag vereinbarte Besoldungsanhebung verzichten wollen, sollten sich darüber im Klaren sein, dass die mit der geplanten Verwaltungsreform angestrebte Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Verwaltung auch qualifiziertes und motiviertes Personal erfordert. Dieses wird Berlin nur dann gewinnen können, wenn keine gravierenden Besoldungsdefizite gegenüber dem Bund und den benachbarten Bundesländern bestehen.

Der Verband Berliner Verwaltungsjuristen wird sich vor dem Hintergrund der laufenden Haushaltsberatungen in den nächsten Wochen in Gesprächen mit dem Senat und Abgeordneten intensiv dafür einsetzen, die für die Leistungsfähigkeit der Berliner Verwaltung fatalen Folgen eines Verzichts auf die geplante Besoldungsanpassung abzuwenden.

Der Vorstand